



# Börseblatt für den Deutschen Buchhandel

Er erscheint werktäglich. Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag eingeschlossen, weitere Exemplare zum eigenen Gebrauch frei. Geschäftsstelle oder bei Postüberweisung innerhalb des Deutschen Reiches 80 Mark halbjährlich. Nichtmitglieder im Deutschen Reich zahlen für jedes Exemplar 80 Mark halbjährlich. Nach dem Ausland erfolgt Lieferung über Leipzig oder durch Kreuzband, an Nichtmitglieder in diesem Falle gegen 7.50 Mark Zuschlag für jedes Exemplar.

Die ganze Seite umfaßt 360 viergespaltene Petitzeilen, die Zeile oder deren Raum kostet 2.25 M.; Mitglieder des Börsenvereins zahlen für eigene Anzeigen 75 Pf. f. d. Zeile, 1/2 S. 250 M., 1/3 S. 130 M., 1/4 S. 65 M.. Stellensuche werden mit 40 Pf. die Zeile berechnet. In dem illustr. Teil: f. Mitgl. d. Börsenvereins 1/4 S. 110 M., 1/2 S. 210 M., 1/3 S. 400 M., f. Nichtmitgl. 180 M., 350 M., 650 M. Beilagen werden nicht angenommen. / Weideseitiger Erfüllungsort ist Leipzig.

Eigentum des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig

Nr. 124 (N. 74).

Leipzig, Mittwoch den 9. Juni 1920.

87. Jahrgang.

## Redaktioneller Teil.

### Ein ernstes Wort zum Besinnen.

Von Gustav Kirstein.

Im Februar haben die Vertreter des Leipziger Verlags- und Sortimentsbuchhandels mit den Vertretern der Angestellten einen Tarifvertrag vereinbart, der — den damaligen Verhältnissen Rechnung tragend — wesentliche Erhöhungen der Bezüge und eine klare und vernünftige Einteilung der Klassen gebracht hat. Die Verhandlungen, an denen ich mitgewirkt habe, verliefen in einem für beide Parteien musterhaften und ehrenvollen Stile; es war kein gehässiger Kampf, sondern eine mit kluger und einsichtiger Beherrschung der Lage geführte Debatte, mit deren Ergebnis die Vertreter beider Gruppen sichtlich zufrieden waren. Jeder hatte Opfer gebracht, und keiner konnte sagen: wir haben es durchgesetzt und diktiert. Die widerlichen Ausdrücke »Arbeitgeber« und »Arbeitnehmer« hatten im Charakter der Verhandlungen dem sinnvolleren »Chef« und »Mitarbeiter« Platz gemacht.

Am Ende der tagelangen Sitzungen wurde das Protokoll unterzeichnet. Der Vertrag sollte bis Ende Juli laufen.

Da geschah etwas Unerwartetes: die Gehilfen ratifizierten nicht, weil in einer Versammlung sich einige Heißsporne gegen den Vertrag ausgesprochen hatten und die Mehrheit bekamen. Die Chefs hielten aber an ihrem Worte fest, zahlten ab 1. Februar die neuen Gehälter, banden sich an die Bestimmungen des Tarifs, ja erhöhten — weil sie die Notwendigkeit einsahen — freiwillig ab 1. April die Gehaltsätze um 25%.

So liefen die Dinge in den Betrieben reibungslos und wären bis 1. August auch weitergelaufen, wenn jene Heißsporne Ruhe gegeben hätten. Sie erklärten den Vertrag für ungültig und beantragten beim Schlichtungs-Ausschuß, den Parteien aufzugeben, ab 1. Februar den Vertrag nachzuholen. Dem hat — wie die Leser des Börsenblatts wissen — der Schlichtungs-Ausschuß nicht stattgegeben. Im Gegenteil: er hat die höchst wichtige Feststellung gemacht, daß jener Vertrag trotz seiner unerwarteten Nichtunterzeichnung als Parteilille zu gelten habe. Allerdings — daher der Name »Schlichtungs-Ausschuß« — auf die Hälfte der Zeit; also nicht bis 1. August, sondern nur bis 1. Mai. Ab 1. Mai sind nun beide Parteien vertragsfrei, und der Schlichtungs-Ausschuß hat ihnen aufgegeben, sich über die Gehaltsätze ab 1. Mai zu vereinigen. So stehen die Dinge heute.

Haben nun die Obmänner der Gehilfen diesen einen Dienst getan, indem sie die laufenden Vereinbarungen drei Monate vor der Zeit zur Lösung brachten? Sie glauben ja, weil sie mit einer weiteren Steigerung der Gehälter rechnen; ich glaube nein, weil sie mit ihrem Begehren zum unglücklichsten Moment gekommen sind. Wer mich kennt, weiß, daß ich in früheren Versammlungen immer der gewesen bin, der zur Erfüllung vernünftiger Forderungen geraten und an das Herz härterer Naturen appelliert hat. Heute aber könnte ich solchen Appell nicht mehr mit gutem Gewissen aussprechen; keine Versammlung würde applaudieren, ja es ist sicher, daß mit scharfen Worten die Unvernunft des Begehrens mit einem Unmut zurückgewiesen würde, der den Forderungen der Gehilfen-Obmänner nach Gehaltserhöhung die begründete Forderung nach Gehaltsabbau energisch entgegensetzen würde.

Das Gehalterhöhen, Profiterhöhen, Preiserhöhen hat sich bei uns in den letzten Jahren so ins Hirn gefressen, daß man die Verlängerung einer Vereinbarung geradezu selbstverständlich als gleichbedeutend mit Preis- oder Lohnerhöhung nimmt. Daß es auch einmal umgekehrt kommen kann, scheinen die Antragsteller vor dem Schlichtungs-Ausschuß nicht bedacht zu haben.

Bisher wurde jede Gehaltschraube mit dem Steigen der Lebensmittel, der Schuhe, der Kleider begründet und gesagt: wenn die Verhältnisse sich ändern, wollen wir in unseren Forderungen wieder zurückgehen. Nun sind jetzt die Schuhe billiger geworden, die Kleiderpreise gesunken, die Hülsenfrüchte, der Reis, das Fett gestürzt, sodaß man diese Dinge im freien Handel billiger haben kann, als auf Marken. Aber das wären für mich noch keine Gründe, an die Herabsetzung der Löhne zu denken. Denn anderes ist in unerhörter Weise gestiegen — z. B. die in Leipzig sozialisierte Straßenbahn —, und wenn die Verbilligung von mancherlei Lebensmitteln eine etwas bessere Lebenshaltung auch dem beschränkten Einkommen gestattet, so ist das nur zu begrüßen. Der Engel mit dem Schwerte, der dem Angestellten und dem Unternehmer das Weiterstreiten auf dem bisherigen Pfade, Lohn und Profit zu steigern, verbietet, ist plötzlich aus einer ganz anderen Kulisse unserer Weltbühne getreten: über Nacht hat das Kaufen aufgehört; zum mindesten das wahnsinnige Kaufen zu wahnsinnigen Preisen.

Große Leipziger Druckereien haben langjährige Arbeiter entlassen müssen, die nun statt der eben gerade herausgeholtene neuen Gehaltszulage Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen müssen; die Möbeltischler, die nach siebenwöchigem Streik ihre Forderungen durchgesetzt haben, stehen gerade eben, wo sie wieder zu arbeiten anfangen wollen, vor auftragsleeren Werkstätten; für den Kunstverlag tätige Rahmereien, in denen die Arbeiter während der Hochkonjunktur den Lohn bis auf M. 4.80 die Stunde getrieben hatten, sodaß sie von manchem Buchhandlungsgehilfen beneidet waren, müssen schließen, wenn nicht die Einsicht, sich unter erträglichen Bedingungen gegenseitig auf den Beinen zu halten, die Situation rettet.

Der Buchhandel ist heute noch existenzfähig. Aber die letzten Wochen zeigen Symptome, daß wir mit unseren Preisen uns der äußersten Grenze des Möglichen nähern. Gehen Papierhändler, Drucker, Buchbinder nicht herunter, so werden wir plötzlich einen Krach erleben, der diesen Unternehmern und ihren Arbeitern ganz ungeahnt ins Gebein fahren wird. »Die Läden stehen leer, die Kauflust ist unter Null, man findet die Preise zu hoch«, schrieb mein sonst so siegesicherer Reisender letzter Tage.

Und ausgerechnet in diesem Moment kommen die Obmänner der Gehilfen-Organisationen und fordern Erhöhung aller Gehälter bis zur Verdoppelung des Tarifs! Kennen unsere Mitarbeiter eigentlich unsere Sorgen? Wissen sie z. B., was uns heute unsere Zeitschriften kosten? Lassen sie sich nur durch die Ziffern des Auslieferungsbuches blenden, oder kennen sie auch die Rechnungen, die uns jetzt täglich »ins Kontor« hageln? Rechnungen, die uns vor die Wahl stellen: noch höhere Ladenpreise und damit Zurückfluten des Absatzes, oder schärfste Zusammenfassung aller Kräfte, Zusammenstehen,